Dem stimmt der Votant zu. Es geht ihm aber um den Grundsatz, dass gesetzlich vorgegebene Aufgaben aus der Staatsrechnung bezahlt und nicht in externe Fonds ausgelagert werden sollen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass derselbe Antrag auch in der Stawiko gestellt und dort mit 9 zu 6 Stimmen abgelehnt wurde. Die Stawiko ist mit der Entnahme aus dem Lotteriefonds also einverstanden. Es hat in diesem Fonds genügend Geld, und sein Zweck wird mit diesem Beitrag eingehalten. Gemäss den Beschlüssen zum Sparprogramm 2018 muss der Saldo des Lotteriefonds − wie gehört − immer mindestens 10 Millionen Franken betragen; ansonsten aber steht die Verwendung des Lotteriefonds gemäss § 9 Abs. 2 Finanzhaushaltgesetz dem Regierungsrat zu.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält ergänzend zu den Ausführungen der Stawiko-Präsidentin fest, dass der Saldo des Lotteriefonds aktuell bei rund 18 Millionen Franken liegt. Vor diesem Hintergrund ist die Regierung nicht nur legitimiert, sondern erachtet es auch als sachgerecht, den Beitrag an das Verkehrshaus, also ein Museum, aus diesem Fond zu bewirtschaften. Der Finanzdirektor bittet, dem Antrag von Alois Gössi nicht stattzugeben.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag von Alois Gössi mit 41 zu 31 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der Stawiko.

Sicherheitsdirektion

Kostenstelle 3590, Zuger Polizei

Andreas Hausheer spricht für die CVP-Fraktion. Die Sicherheit ist eines der wichtigsten Attraktivitätsmerkmale, wenn die Vorteile verschiedener Standort verglichen werden, und sie spielt oft die matchentscheidende Rolle. Sich an einem Ort sicher fühlen zu können, ist entscheidend für die Lebensqualität. Genau in diesem zentralen Aufgabenbereich des Staates will der Regierungsrat nun aber die Leistungen weiter abbauen. Die CVP stellt mit Erstaunen fest, dass im Leistungsauftrag der Zuger Polizei beispielsweise die sichtbare polizeiliche Präsenz um 7 Prozent oder der Einsatz von Diensthunden zugunsten der Bevölkerung und geschädigter oder vermisster Personen und zur Suche von verstecktem Deliktgut oder Drogen um 20 Prozent reduziert werden sollen. Die Tendenz, die der Regierungsrat für 2019 bis 2021 ausweist, ist weiter sinkend. Der massive Abbau der Polizeipräsenz wird mit «Finanzen 2019» begründet und bereits im Budget 2018 versteckt umgesetzt.
Wenn man die zwei Hauptpositionen zusammenzählt, kommt man auf einen Betrag von knapp 400'000 Franken, der eingespart werden soll. Die CVP-Fraktion akzeptiert diesen Abbau im Bereich der öffentlichen Sicherheit nicht. Sie stellt den **Antrag,** das Globalbudget der Zuger Polizei um den im Anhang zum Stawiko-Bericht ersichtlichen Betrag von 397'400 Franken zu erhöhen. Falls dem Antrag zugestimmt wird, soll die Regierung die entsprechende Reduktion im Leistungsauftrag rückgängig machen. Falls der Rat dem Antrag nicht folgt, wird der Votant einen Antrag zum Leistungsauftrag stellen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass in der Stawiko nicht über diese Thematik diskutiert wurde.